

4129/J XXI.GP

Eingelangt am: 09.07.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend öffentliche Belästigungen von Frauen

Bereits seit längerer Zeit werden Frauen, die in Wien einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollen, vor diversen Kliniken immer wieder - teils massiv - von militanten Abtreibungsgegnerinnen gegen ihren Willen angesprochen, beschimpft und bedroht. Auch Frauen, die sich aus anderen Gründen dort aufhalten, sind diesen Belästigungen ausgesetzt. Einige der betroffenen Frauen haben gegen die organisierten Abtreibungsgegnerinnen, von denen sie belästigt werden, Strafanzeigen erstattet. Am schlimmsten ist die Situation seit einiger Zeit vor der sogenannten Mairo-Klinik im 2. Bezirk, Große Sperlgasse 33.

Diese Belästigungen sind unzumutbar, weil dadurch Frauen, die einen - in Österreich gesetzlich zulässigen - freiwilligen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollen, extrem unter Druck gesetzt werden. Dagegen hat sich auch die EU bereits vor Jahren in einer Entschließung des Europäischen Parlaments ausgesprochen: "Das Europäische Parlament (..) verurteilt die Haltung organisierter militanter Abtreibungsgegner in bestimmten Mitgliedstaaten (..); fordert, daß das Vorgehen dieser militanten Gruppen streng bestraft wird, (..) ¹"

Durch die genannten Belästigungen werden aber auch ganz generell bedrohliche Situationen für Frauen erzeugt und die Bewegungsfreiheit von Frauen in der Öffentlichkeit eingeschränkt. Aus all diesen Gründen sind die Behörden dringend aufgefordert, etwas dagegen zu unternehmen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Ist Ihnen die oben geschilderte Situation - Belästigung von Frauen vor Kliniken, insbesondere vor der Mairo-Klinik - bekannt?
2. Welche Maßnahmen wurden bisher seitens Ihres Ministeriums getroffen, um solche Belästigungen zu unterbinden?
3. Haben Sie vor, weitere Maßnahmen zu setzen, um solche Belästigungen hintanzuhalten.
Wenn ja: welche?

' A4-0468 98 Entschließung zur Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Union (1997)

4. Wie viele Strafanzeigen wegen der angesprochenen Belästigungen (Nötigung und/oder andere Delikte) wurden seit Beginn des Jahres 2000 in Österreich erstattet?
5. Was geschah mit diesen Strafanzeigen? Bitte schildern Sie für jede einzelne dieser Anzeigen, wie das weitere Prozedere war.
6. Was ist Ihnen über die Organisation ("Human Life International") bekannt, die hinter diesen Belästigungen steht?
7. Gibt es - abgesehen von den genannten Strafanzeigen - andere strafrechtliche Verfolgung(en) dieser Organisation oder einzelner ihrer Vertreterinnen in Österreich?
Wenn ja: Wegen welcher Delikte?
8. Treten Sie für eine Novellierung des Strafgesetzbuches ein, damit (wie in der zitierten Entschließung des Europäischen Parlaments gefordert) die Vorgangsweise der militanten Abtreibungsgegnerinnen bestraft werden kann?